

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa,
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meichen, sowie des Gemeinderates Gröbza.

Postkonton: Dresden 1839
Cicofafje Riesa Nr. 62.

Nr. 266.

Donnerstag, 15. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. 11. bis 31. 11. 1923 1,20 Mk., einm.,
Betragelohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabeblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird übernommen. Grundpreis für
die 39 mm breite, 3 mm hohe Rundschreibweise (16 Silben) 120 Wk.; die 29 mm breite Wellenschrift 400 Wk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende
Belagspreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Beste Tarife. Bewilligter Absatz erfolgt, wenn der Beitrag verfehlt, durch
Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Vorträge Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt —
Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerorganisationen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notablendruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 58.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa. Zählheftzahl: 500 Millionen.

Der Weg ins Nichts.

In dem Augenblick, als Deutschland durch Besetzungen gefährdet, freiwillig die Waffen aus der Hand legt, während die ganze übrige Welt in voller Kriegsgelüste verharrt, da stand es für Frankreich, das damals Clemenceau hieß, wie es heute Poincaré heißt, fest, daß diese weltgeschichtliche Gelegenheit zur völligen Ausübung des deutschen Reiches aus der Geschichte bis zum Neuhöhersten ausgenutzt werden mußte. Ins Nichts zurück sollte das Reich, das einst, durch den schmerzlichen Verlust seiner Söhne aus dem Nichts geschaffen war. Was mit seinem Erlöschen, sind Schritte auf diesem Weg ins Nichts. Zunächst hat Frankreich sich denjenigen deutschen Gebiete, die es unmittelbar für sich beansprucht hat, Maß-Vordringen, der deutschen Kolonien, soweit sie an Frankreich gefallen sind, des Saargebietes, für das man die trügerische Form der Völkerbundsherrschaft gewählt hat, und des Rheinlandes, das man angeblich als Pufferzone und zum militärischen Schutz benötigte. Dann folgte als weiterer Schritt eine Zeitperiode der heucheligen Demütigungen, der Verleumdungen, die deutsche Ehre, das Ehrgefühl, in den Schmutz zu treten. Ein Heer von uninformierten Spionen und kontrollierenden Schmeichlern, dem die deutschen Behörden und die Vertreter der deutschen Wirtschaftsbetriebe zu willig sein mußten, wurde über das ganze Land verteilt. Die in ehelichen Kämpfen eroberten Leiden aus dem Kampf um Ruhm und Ehre wurden zurückgedrängt, obwohl kein französischer Soldat im Kampf deutschen Boden betreten hatte, die Auslieferung unserer hervorragenden Kämpfer des Weltkrieges wurde verlangt. Weiterhin sollte dann die Zeitperiode ein, die wir, von uns aus gesehen, als die Zeit der Erfüllung zu bezeichnen wüßten. Die Lebensbeden der deutschen Kraft wurden angegriffen, das Blut strömte, Verleumdungen, Sachlieferungen wurden solange freiwillig als Verleumdungen ausgeübt, bis der Augenblick gekommen war, den Frankreich als Beginn der neuen Zeitperiode für seine Zwecke brauchte. Der Augenblick des Nichtmehrdaenseins. Nicht Deutschland, sondern ein Premier der Reichsregierung übernahm, an aller Welt bezeugt, daß Deutschland ohne die Unterstützung einer auswärtigen Mächte seinen logischen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Diesen Antrag bewilligte Frankreich, um sich weitere lebenswichtige Gebiete Deutschlands zu rauben und den Gesamtstaat zu einem einheitlichen Staatsgebilde zu verschmelzen, dessen formelle Schöpfung nach französischer Ansicht nur noch eine Frage kurzer Zeit ist. Nun geht Frankreich wiederum einen Schritt weiter. Rheinland und Ruhrgebiet hat es fest in der Hand, die deutsche Regierung hat sich soz. bereit erklärt, den Eisenbahnpark, der mit Hilfe vor dem räuberischen Zugriff der Besetzung geteilt werden konnte, dazu auszuliefern. Nun erklärt Frankreich sich freundschaftlich bereit, uns darüber auszufragen und durch selbsternannte Sachverständige feststellen zu lassen, was aus Westdeutschland noch geraubt werden kann. Frankreichs Wille und Weg ist folgerichtig, fast ebenso folgerichtig wie Weizsäcker und die deutsche Hilfsbereitschaft. Welcher Regierung in Paris wird es vorbehalten sein, diesen Weg ins Nichts endgültig bis ans Ziel zu gehen.

Heute Ausgabe der Rentenmark.

Berlin. Der Reichsfinanzminister hat an die Deutsche Rentenbank das folgende Schreiben gerichtet: Auf Grund des § 47 der vorläufigen Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank ermächtigt ich die Deutsche Rentenbank, am 15. November dieses Jahres mit der Ausgabe der Rentenbankcheine zu beginnen.

Lohnabkühlungen in Rentenmark.

Wie die „Leipa, R. A.“ melden, ist zunächst der Reichsregierung ein verlässlicher Kredit von etwa 80 Millionen Rentenmark zur Verfügung gestellt worden, wozu schon Beträge nach der Provinz geschickt wurden, um überall am 15. November mit der Ausgabe von Werten in wertbehaltenem Geld an Reichs- und Landesbeamte, Angestellte usw. beginnen zu können. Allerdings würden vorläufig wohl nur 30 Prozent des Lohnes in Rentenmark gezahlt werden, doch hoffe man, diese Quote von Woche zu Woche steigern zu können. Den nach dem Gehalt dem Reiche in gewöhnlichen jenseitigen Kredit von 300 Millionen Rentenmark hat dieses vorläufig noch nicht in Anspruch genommen. Mit der Ausgabe von Rentenmarken soll schon bald begonnen werden, und werden die Stücke zu 1 und 2 Rentenmarken aus Kupfer, die höheren Einheiten aus Aluminiumbronze hergestellt; sie haben ungefähr das Aussehen der Scheidemünzen der Vorzeit. Am Mittwoch wurden Verhandlungen zwischen der Deutschen Rentenbank, dem Reichsfinanzministerium usw. über die Frage geführt, ob die Rentenmark sofort an der Börse nach Art der ausländischen Zahlungsmittel notiert werden soll oder ob man vorläufig die Bildung eines Verhältnisses zur Papiermark dem freien Verkehr überlassen soll.

Ausgabe wertbehaltenen Notgeldes.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Verordnung des Inhabers der vollziehenden Gewalt über die Ausgabe wertbehaltenen Notgeldes will die Schaffung wertbehaltenen Notgeldes fördern, um die Zuführung der Ernte in die verbrauchenden Städte herbeizuführen. Anträge auf Genehmigung sind wie bisher an den Reichsminister der Finanzen zu richten. Die Verordnung vom 20. Oktober 1923 bleibt unberührt. In besonders begründeten Fällen wird der Reichsminister der Finanzen Ausnahmen von den allgemeinen Bestimmungen.

insbesondere hinsichtlich der Bedingungen zulassen. Das Notgeld soll den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels nicht gegenüber den Marken des Reichs, der Länder und der Reichsbank haben, selbstverständlich muß aber ein von einem Lande ausgegebenes Notgeld von dem Marken dieses Landes als Zahlungsmittel angenommen werden.

Zur Frage der Gehaltsabkühlung an die Beamten und Staatsarbeiter.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: In dem mit „Rentenmark“ überschriebenen Leitartikel des gestrigen Elbeblatts wird darauf hingewiesen, daß die neue Rentenmark zunächst nur in die Hände der Beamten und Staatsarbeiter kommen wird und daß diese Kreise „natürlich einen mächtigen Anreiz zum Erhalten des Rentenmark aufzubringen“ werden. Ob die erste Annahme zutrifft, davon weiß die Beamten- und Arbeiterchaft zunächst noch nichts. In den Zeitungen wird wohl viel davon geschrieben, aber von derartigen Anordnungen der Reichsregierung für die nächste Gehalts- und Lohnabkühlung ist den unteren Dienststellen bis heute noch nichts bekannt. Die Sache verhält sich vielmehr so, daß die letzten Zahlungen zu einem geringen Prozentsatz (am 8. November 10%, am 13. November 15%, und am 16. November 20%) in wertbehaltenen Zahlungsmitteln nach Dollar berechnet worden sind. Dieser wertbehaltende Gehalts- und Lohnanteil der beiden erkaufenden Zahlungen ist aber erst heute gezahlt worden, obwohl die Beamten- und Arbeiterchaft auch diese geringen Beträge dringend benötigte. Hierbei handelt es sich bei der geringen Bezahlung der Beamten- und Arbeiterchaft um äußerst geringfügige Beträge, die für die beiden erkaufenden Zahlungen nur in wenigen Ausnahmefällen den Betrag von insgesamt 1,5 Dollar übersteigen. Was mit einem solchen Betrage anfangen ist, wird wohl jeder Vater beurteilen können. Wenn im genannten Leitartikel der Bekämpfung Ausdruck gegeben wird, daß dieser wertbehaltende Gehaltsanteil zurückgehalten wird, so scheint hier eine merkwürdige Vorstellung von der „guten“ Bezahlung der Beamten und Arbeiter obzuwalten. Die Bezahlung der Beamten und Staatsarbeiter ist derzeit geringfügig, daß sie damit nur notdürftig ihr Leben fristen, nicht im entferntesten aber daran denken können, diesen Gehaltsanteil zu sparen. Man würde sich dadurch auch nur schädigen, da es vorgekommen sein soll, daß einige Gehaltslose bei steigendem Dollar auch die Goldmarksumme heraufgekauft haben. Es heißt weiter, die Beamten sind bekannt zu sein, daß die Bezahlung der Beamten und Arbeiter nur etwa 40-50 Prozent des Friedenslohnes in Goldmark beträgt, während die der jetzt üblichen Weisberechnung zu Grunde gelegten Goldmarksumme vielfach das Doppelte bis Dreifache und noch mehr (Weispreise in Leipzig) betragen. Wie lassen sich solche Preise des täglichen Bedarfs mit dem geringen Einkommen der Beamten und Arbeiter in Einklang bringen und wie soll man da an Sparen denken!

Wieder Vollbetrieb in der Reichsdruckerei.

Auf Veranlassung des Wehrkreiskommandos sind mehrere Verhaftungen von Personen vorgenommen worden, die zum Buchdruckerstreik aufgerufen und Arbeitswillige am Betreten der Betriebe zu hindern versucht hatten. Die Festgenommenen werden sich wegen Vergehens gegen die erteilten Verordnungen zu verantworten haben. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat ferner verfügt, daß erwerbslose Buchdrucker, die sich weigern, in den Notendruckereien Arbeit anzunehmen, der Erwerbslosenunterstützung verlustig sein. Es erfolgen viele Meldungen von Erwerbslosen zur Arbeit. Vor der Reichsdruckerei stellen sich gestern morgen 7 Uhr 5000 bis 6000 Arbeitswillige zur Verfügung. Wegen 9 Uhr war ihre Zahl auf 10000 bis 12000 angewachsen. Die Reichsdruckerei mußte schließlich Schieber anbringen lassen, auf denen mitgeteilt wurde, daß Neueinstellungen nicht mehr möglich sind.

Die meisten Berliner Zeitungen noch nicht erschienen.

Auch gestern abend sind in Berlin nur der „Vorwärts“, „Der Deutsche“ und die „Deutsche Zeitung“ erschienen.

Furchtbare Hungersnot im Ruhrgebiet.

Köln. Die völlige Zerrüttung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet und die furchtbare Gefahr, daß Hunderttausende buchstäblich zu verhungern drohen, zwingen zu sofortigem Handeln. Vorgekehrt wurden erneut mit Vertretern des Ruhrbergbaues in Düsseldorf Verhandlungen eröffnet. Sie betreffen die neuen Bedingungen, die die Franzosen nach dem Abschluß des ersten Verhandlungsstadiums gestellt haben. Die Bedingungen sind nach dem, was die „Frankfurter Zeitung“ aus industriellen Kreisen hört, unerfüllbar. Die Lage ist gefährlich. Wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, bliebe der gesamte Wirtschaftsbetrieb tot. Wir können dann nicht vor einer Hungersnot von fünf Millionen Menschen, einer Katastrophe, die die russischen Ereignisse an Schrecklichkeit noch überbietet, vorbeugen. Da hier die Millionen auf einem kleinen Raum mit ganz geringen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zusammengepackt sind, Lebensmittellager sind so gut wie keine vorhanden, die Hausbrandversorgung gering, Arbeiter und Unternehmer sind sich der Tragik der Situation bewußt. Die französische Regierung hat es nun in der Hand, ein unglücklich herbeizuführen oder abzuwenden, das sonst nur die allmächtige Natur als Fatum verhängt.

Düsseldorf. Am Aufbruch an die vorgestrigen ArbeitslosenDemonstrationen kam es zu Plünderungsversuchen in der Lindemann- und der Graf v. d. Necke-Straße. Die anrückende Polizei wurde mit Schimpfworten und Steinwürfen empfangen. Zwei Beamte wurden durch Steine

würfe, ein dritter durch einen Stein verletzt. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen; ein Arbeitsloser wurde getötet. Auch im südlichen Stadteil kam es zu Versammlungen und Tumulten, an einigen Stellen auch zu Schießereien.

Dortmund. Nach Auflösung einer Erwerbslosenversammlung bildete sich ein Demonstrationszug, der zum Stadtturm marschierte. In der Spitze des Zuges marschierte ein Trupp mit Knütteln bewaffneter junger Burschen. Ein Polizeikommando, das zur Auflösung des Zuges entsandt wurde, wurde mit Schimpfworten empfangen. Der Aufforderung, den Zug aufzulösen, wurde keine Folge geleistet. Es entstand ein Kampf, bei dem auch Schüsse gewechselt wurden. Auch wurden gegen die Polizeibeamten zwei Handgranaten geworfen, wodurch zwei Beamte verletzt wurden. Der Polizei gelang es schließlich, die Ordnung wiederherzustellen. Ein Demonstrationszug, der aus der Richtung Brechtchen und Brambauer in das Innere der Stadt zu marschieren suchte, wurde kurz vor Georg aufgehoben und aufgelöst. In das Krankenhaus wurden zwei verletzte Arbeiter eingeliefert.

Beschaffung

von Volksküchen und Wärmeräumen.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General der Infanterie von Zeck, erklärt eine Verordnung über die Beschaffung und Bereitstellung von Heizbaren Räumlichkeiten zum Einnehmen von Speisen, zum Aufenthalt während des Tages und zum Übernachten. Für die Beschaffung der geeigneten Räumlichkeiten werden den Militärbehörden folgende Richtlinien gegeben: Für Kur- und Heilmutter und sozialistische Laibereien ist in dem Deutschland von heute kein Raum. Alle Gasthöfe, Gastwirtschaften, Lokale, die diesen Zwecken dienen, sind in erster Linie geeignet, ihre Räumlichkeiten und Küchenanlagen den Volksküchen, Volkspfeisankalten, Wärmeräumen und Übernachtungsräumen zur Verfügung zu stellen. Den Inhabern der Kur- und Heilmutter Lokale ist Gelegenheit zu geben, die Unterstellung unter eigener Leitung und unter möglichstem Beibehalt des bisherigen Personals vorzunehmen. Nachen sie hiervon keinen Gebrauch, so wären die benötigten Räume und Küchenanlagen zu beschlagnahmen und den entsprechenden amtlichen oder privaten Vorkosten zur Ausnutzung zu überweisen. Hierbei sei energetisch vorgegangen und erforderlichenfalls vor Säcken nicht zurückzukehren.

Die offizielle Einladung der Reparationskommission.

Paris. Der Generalsekretär der Reparationskommission hat dem Leiter der Kriegslastenkommission mitgeteilt, daß die Reparationskommission sobald als möglich die Beauftragten der deutschen Regierung in der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit sowie über die Note vom 2. November, in der das Berliner Kabinett sich zur Finanzierung der Naturalleistungen außer Stande erklärt, vernehmen möchte. Der genaue Zeitpunkt dieser Vernehmung wird vermutlich erst nach Rückkehr des Staatssekretärs Fischer aus Berlin festgelegt werden. Man spricht davon, daß die Vernehmung schon Ende dieser Woche stattfinden wird.

Weitere Verschleppung der Verhandlungen der Industriellen.

Düsseldorf. Die verlautet, sind die Verhandlungen der Ber.-Kommission des Bergbauvereins mit der Weisung getreu wider Erwarten nicht zum Abschluß gekommen. Es war über folgende die Sitten und Sitten betreffenden Fragen eine Übereinkunft erzielt worden, nämlich: 1. Ueber die Kohlensteuer für die zurückliegende Zeit; 2. Ueber die Reparationsleistungen; 3. Ueber die Abgabe auf die frische Förderung; 4. Ueber die Ein- und Ausfuhrbewilligungen und Abgaben; 5. Ueber die von der Weisung verlangten Kontrollmaßnahmen; 6. Ueber die Frage der Viegesetze; 7. Ueber die hohen Beträge der Weisungnahme auf den Sittenwerken. Die Verhandlungen konnten nicht fortgesetzt werden, da die Weisungvertreter die Anerkennung der Leistungen auf Reparationskonto überaus überraschenderweise ablehnten.

Die Deutsche Bergwerkszeitung nimmt an führender Stelle an den Düsseldorf Verhandlungen Stellung und warnt dringend vor einer optimistischen Auffassung. Die Leistungen, die der rheinisch-westfälischen Industrie auferlegt werden sollen, sind so schwer und niederdrückend, daß sie weder für die einzelnen Unternehmen noch für die Bevölkerung tragbar erscheinen. Die Vertreter der Wirtschaft werden sich wohl überlegen müssen, ob sie Beträge eingeben können, die nicht allein für sie, sondern für die gesamte Bevölkerung an Rhein und Ruhr von verhängnisvollen Folgen sein können. Nach Abbruch des passiven Widerstandes glaubten die Industriellen eine Wiederbelebung der Wirtschaft durch die Zusammenarbeit mit den Franzosen herbeizuführen zu können. Sie hatten den besten Willen, ihre ganze Tatkraft und ihre Sachkenntnis in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Heute aber muß beklagt werden, ob dieses Ziel auch nur vorübergehend erreicht werden kann. Die von den Franzosen geforderten Bedingungen sind derart, daß eine Wiedereröffnung der Bergwerke auf einen längeren Zeitabschnitt ausgefallen erscheint. Selbst die schwachen Vertreter der Wirtschaft der Arbeit, die von verschiedenen Kommissaren auf Grund der Beträge, die außerhalb des Rahmens der Gemeinschaft des Sitten und Sitten abgeschlossen wurden, unternommen worden sind, haben sich heute schon als untragbar erwiesen.